

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

18.9.1931 (No. 217)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. A. Menz, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kalenderrabatt gilt und bezweigt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Kontostückverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Beschlüsse übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshilfsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Nachruf im Reichsrat für Staatspräsident Witemann

Im Reichsrat widmete Reichsinnenminister Dr. Brüning dem verstorbenen badischen Staatspräsidenten Dr. Witemann folgenden Nachruf:  
Am letzten Montag wurde unter ungemein großer Anteilnahme des badischen Landes, Staatspräsident Witemann zur letzten Ruhe gebettet. Der Herr Reichspräsident, die Reichsregierung und der Reichsrat haben am Sarge des Verewigten Worte des ehrenden Gedenkens durch mich sprechen lassen. Staatspräsident Witemann ist aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen. Er war eine interessante politische Persönlichkeit des badischen Landes. Bei aller Anhänglichkeit an seine Heimat, die auch die meine ist, war er ein hochgemuter Vertreter des Reichsgedankens in Südwestdeutschland. Er hat allerdings gekämpft und gestritten für sein badisches Heimatland, das jetzt leider Grenzland geworden ist, und das von Nöten und Sorgen heimgefuht wird, an die man früher nicht geglaubt hätte. Er hat die Interessen seines Landes mit Energie vertreten, aber darüber hinaus hat er uns für die Fragen der großen Politik, insbesondere für die gegenwärtigen Notstände seine wesentliche Hilfe angedeihen lassen. Sein ganzes Bild wird überstrahlt von dem Gedanken der Festigung des Reiches. West- und Ostmark haben gleichermaßen alle Veranlassung, gerade den Männern dankbar zu sein, die, von den Nöten ihres eigenen Landes befreit, hier in Berlin im Reichsrat sich den gemeinschaftlichen deutschen Aufgaben widmen. In diesem Sinne haben wir am Sarge den vereinigten Josef Witemann gefeiert und an seinem Sarge einen Kranz der Ehre niedergelegt.  
Der Reichsrat hatte sich zu Ehren des Verewigten von den Klagen erhoben.

### Die deutsch-schweizerischen Handelsbeziehungen

In den Wandelgängen des Völkerbundes war das Gerücht verbreitet, daß die Schweiz den Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt habe. Wie die Schweizerische Depeschenagentur mitteilt, ist dies unzutreffend. Angehörige der Zollsache, daß sich in den letzten fünf Jahren die Ausfuhr Deutschlands nach der Schweiz nahezu verdoppelt habe, während die schweizerische Ausfuhr nach Deutschland einen ständigen Rückgang aufwies, werde, wie die Schweizerische Depeschenagentur weiter ausführt, schon seit einiger Zeit von den zuständigen schweizerischen Stellen die Frage geprüft, wie diesem Zustande begegnet werden könne.  
Der deutsche Außenminister, Dr. Curtius, habe in Genf bei seinem Besuch, den er dem Bundesrat Motta abstatte, in freundschaftlicher Weise die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten erörtert, wobei er auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen habe, mit denen Deutschland zu kämpfen habe und die Deutschland zwingen, seine Ausfuhr zu steigern. Bundesrat Motta habe darauf hingewiesen, wie nachteilig der Rückgang der schweizerischen Ausfuhr für die schweizerische Wirtschaft sich auswirke. In diesem Zusammenhang stellt die Schweizerische Depeschenagentur fest, daß der schweizerische Bundesrat, der allein für die Kündigung des Handelsvertrages zuständig sei, noch keinen Beschluß gefaßt habe.

### Billiges Brot für Erwerbslose

Reichsernährungsminister Schiele hat, dem „Volksanzeiger“ zufolge, mit den Vertretern des Zentralverbandes Deutscher Wäckerinnen, „Germania“, und der Brotfabrikanten die Naturalbelieferung der Erwerbslosen und die Frage der Lebensmittelverbilligung für die Hilfsaktion erörtert. Die Vertreter des Wäckererwesens haben sich grundsätzlich bereit erklärt, das Brot für die Erwerbslosen, unabhängig vom Mehlpreis, zu verbilligen. Um den Preisnachlass aber noch zu vergrößern, haben die Vertreter des Wäckererwesens vorgeschlagen, den Wäckern verbilligtes Mehl zu liefern und u. a. den Mehlpreis zu senken. Sie forderten weiter, daß die Naturalbelieferung sich auf die notwendigen Lebensmittel beschränke. Mit der Spitzenorganisation des Fleischergewerbes, dem Deutschen Fleischerverband, werden ähnliche Verhandlungen geführt.

### Haftentlassung Starhemburgs

Wie aus Linz gemeldet wird, sind der Landesführer des österreichischen Heimatschutzverbandes, Ernst Rüdiger Starhemburg, und Generalmajor a. D. Franz Budmayer, die im Zusammenhang mit dem Primmer-Kutsch verhaftet worden waren, aus der Haft entlassen worden.

### Kein Zusammenschluß der französischen Gewerkschaften

Der Kongreß der französischen Gewerkschaften lehnte mit 4678 gegen 432 Stimmen bei 70 Enthaltungen den Antrag ab, sämtliche Gewerkschaften der verschiedenen politischen Richtungen zusammenzuschließen.

### Die spanische Republik

Wie Habas aus Madrid meldet, sei die von der Kammer angenommene Formel, Spanien als eine demokratisch-liberale „Arbeiterrepublik“ zu bezeichnen, wieder fallengelassen worden.

### Der Völkerbund soll sparen

Im Budgetausschuß der Völkerbunderversammlung wurde die allgemeine Aussprache, in der die meisten Redner sich für eine Einschränkung der Ausgaben des Völkerbundes aussprachen, abgeschlossen. In einer kurzen Erklärung legte der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Kuppel, den Standpunkt der deutschen Delegation dar. Er betonte unter Hinweis auf die eingreifenden Maßnahmen in einer Reihe von Ländern, daß die wirtschaftliche Notlage die stärkste Sparmaßnahme auch in der ganzen Finanzverwaltung des Völkerbundes erfordere.

### Letzte Nachrichten

#### Vor Beginn der Reichstagsarbeiten

Die Kreditversorgung des Mittelstandes  
CMB. Berlin, 18. Sept. (Priv.-Tel.) Wie wir hören, hat der nationalsozialistische braunschweigische Minister a. D. Dr. Franzen seinen Reichstagsmandat niedergelegt. Nach dem nationalsozialistischen Wahlvorschlagn tritt nunmehr der Schiedsrichter Hans Kummerfeldt in den Reichstag ein.  
Wie wir weiter hören, wird sich Reichstagspräsident Loh am Dienstag kommender Woche zum Reichstagskanzler begeben, um mit ihm zu erörtern, welche Angelegenheiten für die Oktobertagung des Reichstags zur Beratung gestellt werden sollen.  
Reichstagskanzler Brüning empfing am Freitag für die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei die Abg. Wollath und Freidel zu einer einstündigen Unterredung, in der die bekannnten Forderungen der Wirtschaftspartei verhandelt wurden. Der Kanzler soll insbesondere auf dem Gebiet der Kreditversorgung des Mittelstandes eine eingehende Prüfung der vorgelegten Wünsche zugesagt und betont haben, daß er, wie die gesamte Reichsregierung, die Notwendigkeit der Erhaltung eines lebensfähigen Mittelstandes in vollem Umfang erkenne. Die Besprechungen werden fortgesetzt.  
Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist für Mittwoch, den 23. September, einberufen worden.

#### Brüning bei Hindenburg

BB. Berlin, 18. Sept. (Tel.) Der Herr Reichspräsident empfing heute den Herrn Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

#### Dr. Curtius über die Mandatsfragen

BB. Genf, 18. Sept. (Tel.) Im politischen Austausch der Völkerbunderversammlung ergriff Reichsaußenminister Dr. Curtius heute Vormittag das Wort zu einer Erklärung über die Mandatsfragen. Er begrüßte es lebhaft, daß der Völkerbund durch einen norwegischen Antrag auch in diesem Jahre die Möglichkeit habe, sich über die Mandatsfragen auszupressen. Als eine in letzter Zeit aufgetauchte wichtige Frage erwähnte Curtius die Zulassung fremder Ärzte in den Mandatsgebieten, an der auch Deutschland ein großes Interesse habe. Der Minister sprach den Wunsch aus, daß diese Frage positiv geregelt werde, wie es in einem großen Mandatsgebiet bereits geschehen sei. Zu der in der letzten Tagung erörterten Frage der Beendigung des Mandatsverhältnisses erklärte Curtius, es sei zwar notwendig, die Bedingungen für die Beendigung des Mandates festzulegen; man dürfe aber dabei nicht zu weit gehen. Eine hundertprozentige Garantie werde man nie geben können, und es komme in erster Linie darauf an, daß die verantwortlichen Persönlichkeiten die notwendigen Fähigkeiten und Erfahrungen besitzen, um die Abwicklung in den neuen Zustand möglichst zweckmäßig vorzunehmen.

#### Die Anordnungen über die Bankenaufsicht

CMB. Berlin, 18. Sept. (Priv.-Tel.) Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, ist damit zu rechnen, daß morgen vormittag die Anordnungen über die Bankenaufsicht und über die dringlichsten Fragen der Aktienrechtsreform veröffentlicht werden wird.

#### Kein Empfang Hilters beim Reichspräsidenten

CMB. Berlin, 18. Sept. (Priv.-Tel.) In einem Teil der Provinzpresse ist in großer Aufmachung berichtet worden, daß der Reichspräsident den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, empfangen werde. Von zuständigen Stellen werden diese Nachrichten als reine Kombination bezeichnet, wenn auch die Ansicht vorherrscht, daß der Reichspräsident auch Hitler empfangen würde, wenn das beantragt würde.

#### Stillschlußabkommen in Kraft

Die BZ. gibt bekannt, das sogenannte Stillschlußabkommen zwischen den deutschen Banken und zwischen Bankgruppen in elf Ländern, das einen sechsmonatlichen Aufschub von Forderungen gegen Deutschland vorsieht, ist von sämtlichen Parteien unterzeichnet worden, wovon die Zentralnotenbanken der in Frage kommenden Länder heute verhängt worden sind. Das Abkommen ist somit in Kraft getreten.

#### Der Reichsrat ermäßigt die Arzneitaxe

Unter den kleinen Vorlagen, die der Reichsrat erledigte, befand sich auch eine Änderung der Arzneimitteltaxe im Sinne der in der letzten Notverordnung vorgesehenen Preislenkung. Herabgesetzt werden die Spezialitätenzulage und der Krankeentlassensrabatt. Der Reichsrat empfahl dazu eine Einbeziehung der Arzneimittelindustrie und des Großhandels in die Preislenkung. Eine andere, vom Reichsrat verabschiedete Verordnung sieht den Fortfall der Zusatzgebühren für Verbrauchsmittel vor. Erhebliche Kosten sollen eingespart werden durch neue Grundätze für die Krankenambulatorien, die eine Vereinfachung der Statistik bringt.

#### Neuer christlichsozialer Abgeordneter im Reichstag

An Stelle des zu den Nationalsozialisten übergetretenen bisherigen christlichsozialen Reichstagsabgeordneten Pfarrer Teusch, wurde der Mannheimer Stadtrat Dr. Schmechel, als christlichsozialer Abgeordneter in den Reichstag berufen.

### Vor der Regierungs-umbildung

In einer am Donnerstag abgehaltenen Fraktionsitzung besaßte sich die badische Zentrumfraktion mit der durch das Hinscheiden des Staatspräsidenten und Justizministers Josef Witemann geschaffenen Lage und kam, ebenso wie der Haushaltsausschuß in seiner überwiegenden Mehrheit, zur einstimmigen Auffassung, daß die Besetzung des verewigten Justizministeriums unverzüglich erfolgen müsse. Als Justizminister und Staatspräsident soll dem Landtag der bisherige Minister für Kultus und Unterricht, Dr. Schmitt, und an seine Stelle als Kultusminister der derzeitige Präsident des Rechnungshofes, Dr. Baumgartner, zur Wahl in Vorschlag gebracht werden.

#### Die „Badische Zentrumskorrespondenz“

Die „Badische Zentrumskorrespondenz“ schreibt zu der Umbildung der Regierung u. a. folgendes:

„Die Zentrumfraktion des Badischen Landtags hat gestern zu der Frage der Nachfolgerschaft des uns allgütlich und jähen entwichenen hochverdienten Staatspräsidenten Witemann Stellung genommen. Eine baldige Besetzung des freigewordenen Ministeramtes erschien um so dringlicher, als gerade im Augenblick außerordentlich wichtige und bedeutende Entscheidungen zu fällen sind. Der Landtag besaßte sich zur Zeit mit dem Gutachten der Sparkommission. Weitgehende Beschlüsse werden gefaßt, die sehr viele Ermächtigungen für die Regierung einschließen. Diese hat augenblicklich die Hände voll zu tun, da es gilt, durch ein Sofortprogramm so viele Einsparungen zu machen, daß ein Defizit im Haushalt nicht entsteht, bzw. das durch Finanzminister Dr. Mattes angeforderte neue Defizit von 8 bis 10 Millionen M durch weitere Einsparungen abgedeckt wird. Dazu kommt die Aufgabe, den neuen Voranschlag aufzustellen, damit er rechtzeitig dem Landtag zur Beratung vorgelegt werden kann; und schließlich gilt es auf Grund der Landtagsbeschlüsse zum Gutachten der Sparkommission auf der ganzen Linie den organisatorischen Umbau der Staatsverwaltung mit dem Ziel der Vereinfachung und größtmöglichen Sparsamkeit vorzunehmen.

Diese Tatsachen lassen eine längere Verewigung des Justizministeriums nicht zu, zwingen vielmehr zu einer sofortigen Wiederbesetzung, wie dies auch von der überwiegenden Mehrheit des Landtags anlässlich der Haushaltsausschußberatungen über das Justizministerium am Dienstag dieser Woche anerkannt wurde. Diese Erwägungen machen es aber auch notwendig, daß keine Zusammenlegung von Ministerien erfolgt. Gerade der bevorstehende organisatorische Umbau in der Staatsverwaltung macht die Wiederbesetzung des Justizministeriums augenblicklich dringlicher wie je. Das Zentrum hält aber auch eine dauernde Verewaltung zweier Ministerien, wie Unterrichts- und Justizministerium durch eine Person für eine Unmöglichkeit. Schon in der Vorkriegszeit ist nach Aufhebung des Oberschulrats das Unterrichtsministerium vom Justizministerium losgelöst und vervollständig worden. Wäre dieser Schritt einige Jahrzehnte vorher erfolgt, dann hätte das Unterrichtsministerium in dem vergangenen Jahrzehnt seit der Revolution auf der soliden Grundlage einer langen Tradition ebenso sicher die neuen Aufgaben im Sinne der Sparsamkeit meistern können, wie es im Justizministerium anerkanntermaßen geschehen ist. Wollte man Unterrichts- und Justizministerium heute wieder mit einander verbinden, so müßte das Unterrichtsministerium, dem etwa die Hälfte der badischen Beamten unterstellt ist, zum Anhängsel des Justizministeriums werden, das nach Auffassung des Zentrums mit einem Fachmann, also einem Juristen, zu besetzen ist. Eine solche Regelung müßte jedoch der Lösung der großen Aufgabe, wie sie speziell im Unterrichtsministerium angefaßt der nötigen Reformen und Einsparungen zufällt, absolut hinderlich sein. Gänzlich ausgeschlossen wäre es auf alle Fälle, ein und derselben Person — und das auch noch in dem Augenblick, der so gewaltige Aufgaben bringt — zugleich zu übertragen: das umfangreiche Unterrichtsministerium, das Justizministerium, das Staatspräsidium und für die Zeit der Vakanz der badischen Gesandtschaft in Berlin auch noch weitgehend die Leitung der dortigen Geschäfte. Dies wäre eine beratige Überlastung einer Person, wie es in keiner Weise auch beim besten Willen zu größter Sparsamkeit verantwortet werden könnte. Das Zentrum muß es ablehnen, seinen hervorragenden Führern einen solchen Verschleiß an Gesundheit und Arbeitskraft zuzumuten, daß sie vor der Zeit zusammenbrechen. Gerade der überraschende Heimgang des Staatspräsidenten Witemann muß eine Warnung sein, nicht über Gebühr und menschliche Kraft hinaus zu belasten.



Schließlich darf nicht außer acht gelassen werden, daß Baden im Gegensatz zu anderen Ländern bereits ein Ministerium aufgehoben hat, nämlich das Arbeitsministerium. Wenn von nationalsozialistischer Seite an der Wiederbesetzung des Justizministeriums Kritik geübt wurde, so sind diese Kräfte dazu am allerwenigsten befugt, nachdem auf ihr Drängen und Fördern in dem kleinen Braunschweig mit einigen Hunderttausend Einwohnern soeben ein zweiter Minister, nämlich ein Nationalsozialist gewählt worden ist. Hier hat man nichts davon gehört, daß die Nationalsozialisten aus Gründen der Sparjamkeit auf die Wiederbesetzung dieses Ministeriums verzichtet hätten. Aber das ist eben etwas anderes, wenn es sich um einen Nationalsozialisten, als wenn es sich um einen Zentrumsmann handelt. . . . Die Sparjamkeit gerade an den verantwortungsvollsten Stellen darf nicht dazu führen, daß die wichtigsten Staatsaufgaben leiden. Das badische Zentrum legt Wert darauf, daß Spitzenstellen im Staate, die durch seine Vertrauensleute besetzt werden, gut besetzt sind. Es glaubte mit dem Vorschlag eines so hervorragenden Juristen wie Dr. Schmitt zum Staatspräsidenten und Justizminister und eines so erfahrenen Schulmanns wie Dr. Baumgartner, der zugleich auch Jurist ist, diesem Grundgesetz Rechnung zu tragen und damit zu erfüllen, was es dem Lande und dem badischen Volke gegenüber schuldig ist."

### Dr. Föhr, Chef der badischen Zentrumsfraktion

An Stelle des bisherigen, hochverdienten Chefs der badischen Zentrumsfraktion des Präsidenten Dr. Baumgartners, wurde Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Föhr durch ein einmütiges Vertrauensvotum zum Fraktionsvorsitzenden bestimmt. Schon die Tatsache der einstimmigen Wahl zeigt das große und uneingeschränkte Vertrauen, das die Mitglieder der Landtagsfraktion dem neuen Führer an verantwortungsvollem Posten entgegenbringen.

Abg. Dr. Föhr hat, wie die Badische Zentrumskorrespondenz schreibt, dieses Vertrauen, das er nicht nur im Kreise seiner parlamentarischen Mitarbeiter, sondern auch im Lande weit über den Bereich seiner Parteifreunde hinaus besitzt, durch eine langjährige, aufopfernde und staatsmännische Arbeit in reichstem Maße voll und ganz verdient. Seit dem Jahre 1921 im badischen Reichstag, in der Schule des unergelichen Prälaten Dr. Schöfer aufgewachsen, vermochte der mit einem starken politischen Willen und intuitiver politischer Kraft begabte Abgeordnete durch seine souveräne Beherrschung des umfangreichen Gebietes der badischen Finanzpolitik und des ihm als katholischer Priester besonders am Herzen liegenden Bereichs der Kultur- und Erziehungsfragen bedeutenden Einfluß zu gewinnen. Dr. Föhr hat in den letzten Jahren an der Seite Dr. Schöpfers und Dr. Baumgartners an allen wichtigen Entscheidungen der badischen Politik mitgewirkt.

Dr. Föhr ist geboren am 15. April 1892 in Sigmaringen, studierte Theologie, Philosophie, Nationalökonomie an den Universitäten Freiburg, 1910/13, 1919/20, Rom 1913/14, Würzburg Februar und März 1920, Lechn. Hochschule Karlsruhe 1918/19; 1913 theol. Examen, 1914 philosophisches Baccalaureat in Rom, Dr. rer. pol. 1920, seit 1920 Diözesanpräses des Volksvereins für das katholische Deutschland für die Erzdiözese Freiburg, Kriegsteilnehmer 1915/18, als Lazarettgeistlicher, Feldgeistlicher (8. Landwehrdivision). Mitglied des Landtags seit 1921, Beisitzer im Vorstand der Zentrumsfraktion des Landtags. Seit 1929 auch Mitglied des Reichstags.

**Keine Flottenausprache.** Nach einer Havasmeldung aus Genf dementiert man in französischen Völkerverhandlungen, daß französisch-italienische Verhandlungen in der Flottenfrage gestern in Genf wieder aufgenommen worden seien. Zwar seien beide interessierten Regierungen von dem gleichen Wunsch befeuert, eine Lösung zu finden, doch habe, seitdem Frankreich in Rom neue Vorschläge hätte unterbreiten lassen, keine Besprechung stattgefunden.

### Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist bei günstigem Wetter, aber Windstille, um 1.15 Uhr Freitagfrüh zur Südamerikafahrt aufgestiegen. Die Führung des Luftschiffes hat Kapitän Lehmann übernommen.

Zwei Militärflugzeuge stießen in etwa 1000 Meter Höhe über dem Poligon in Straßburg zusammen und stürzten ab. Die beiden Piloten fanden den Tod.

Die Unterschlagung bei der Kreisfeste in Dillenburg, die zuerst mit 40 000 M angegeben wurde, hat, wie sich im Verlaufe der weiteren Revision herausgestellt hat, die Summe von 100 000 M überstiegen.

Die Ermittlungen der Budapest Polizei führten auf die Spur zweier Kommunisten Szalacki und Mezna, die in Zusammenhang mit dem Eisenbahnattentat stehen sollen. In den Taschen des Szalacki wurde ein Notizbuch entdeckt, das u. a. einen Situationsplan und den Maßstab der Eisenbahnbrücke in Ujpest ferner chemische Formeln für Schießbaumwolle und andere Sprengmittel enthielt. Auf der Generalwiese zu Budapest fand die Trauerfeier für die Opfer der Eisenbahnattentate von Via Torbagny unter Teilnahme vieler Tausender statt. Nicht nur die öffentlichen Gebäude, auch die meisten Privathäuser hatten Trauerflaggen gehißt.

Der Aetna ist seit einigen Tagen wieder in Tätigkeit, doch besteht keine Gefahr. Bis jetzt handelt es sich vor allem um Raucherexplosionen.

In der Nähe von Meaux fuhr ein mit einer Hochzeitsgesellschaft besetzter Autobus, als er in der Dunkelheit einem Fußgänger ausweichen wollte, gegen ein Haus. Drei Insassen des Wagens wurden getötet und sechs verletzt.

Aus Schanghai wird der „Times“ gemeldet: Die Regierung von Manting hat amtlich mitgeteilt, daß die Überschwemmungen 80 Millionen Menschen betroffen haben. Die Jahresversammlung der ökonomischen Gesellschaft China hat beschlossen, in Siam, Annam und Indien Reis zu kaufen, da die in Amerika getätigten Getreidelieferungen zur Deckung des Nahrungsmittelbedarfs nicht genügen. In West-Siang-Si sind bereits 100 Personen der Dürre erlegen.

Wie erst jetzt bekannt wird, fegte vergangenen Samstag und Sonntag ein Wirbelsturm über die Gegend von Santa Rosalia in Niedertalifornien dahin. Etwa 50 Menschen sind ums Leben gekommen.

### Der Völkerverbund zur Wirtschaftskrise

Der im Wirtschaftsausschuß der Völkerverbundsversammlung begonnenen allgemeinen Aussprache kommt infolgedessen eine gewisse besondere Bedeutung zu, als hier die Stellungnahme vorbereitet wird, die die Völkerverbundsversammlung zu den Fragen der Wirtschaftskrise einnehmen wird. Der Aussprache liegen die verschiedenen Berichte zugrunde, die der Europa-Ausschuß und die Wirtschafts- und Finanzorgane des Völkerverbundes ausgearbeitet haben.

Die Aussprache wurde eröffnet durch verschiedene Referate, von denen diejenigen des deutschen und des französischen Vertreters von besonderem Interesse sind. Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Bosse, erklärte, es habe auf den verschiedenen Konferenzen der verflochtenen Jahre an der großen, leitenden Idee gefehlt, die notwendig sei, um einen Ausgleich zu schaffen. Der deutsche Vertreter wandte sich besonders gegen den Gedanken von Zollerrhöhungen und Einfuhrverboten.

Die Rede des französischen Handelsministers Dollin hat infolgedessen entzündet, als er in feiner Weise zu erkennen gab, durch welche praktischen und erfolgversprechenden Maßnahmen der Krise gesteuert werden soll. Aus der Rede des französischen Handelsministers ist im übrigen noch die Tatsache bemerkenswert, daß Frankreich offenbar mit größter Hartnäckigkeit immer noch an dem Plan internationaler Industrievereinbarungen festhält, obwohl diese Idee im Europa-Ausschuß als nicht besonders erfolgversprechend kritisiert worden ist.

### Kurze Nachrichten

**Zusammenarbeit der Wirtschaftsgruppen.** In Berlin fanden gemeinsame Verhandlungen zwischen dem Reichsverband der deutschen Industrie, dem Reichsverband des deutschen Groß- und Außenhandels und dem Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser über grundlegende Fragen des gegenseitigen Geschäftsverkehrs mit dem Ziele, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in allen wirtschaftlichen Fragen herbeizuführen, statt. Die allgemeinen Verhandlungen, an denen sich maßgebende Vertreter der genannten Wirtschaftsgruppen beteiligten, konnten jomweit gefördert werden, daß in aller nächster Zeit Kommissionsverhandlungen über die konkrete Gestaltung stattfinden werden.

**Die „Rote Fahne“ verboten.** Der Polizeipräsident hat die in Berlin erscheinende Zeitung „Die Rote Fahne“ einschließlich der Kopfbilder mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von vier Wochen verboten. In dem von der „Roten Fahne“ veröffentlichten Telegramm des J.R. der KPD, an die englische Marine wird eine schwere Störung der freundschaftlichen deutsch-englischen Beziehungen erklärt. Der Schlußsatz des Telegramms stellt überdies eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze dar.

**Reichsrat der Gemeindearbeiter.** Die Verhandlungen des Gesamtverbandes mit dem Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands haben, dem „Vorwärts“ zufolge, das Ergebnis gehabt, daß die Reichsmanteltarifverträge der Gemeindearbeiter und Straßenbahner bis zum 31. März 1932 verlängert werden. Von diesen Verträgen werden rund 300 000 Gemeindearbeiter umfaßt.

**Disziplinarverfahren gegen einen Richter.** Gegen Landgerichtsdirktor Krudt in Berlin, dem fahrlässiges Verhalten als Vorbedingung des Stimmens-Prozesses zur Last gelegt wird, wurde das förmliche Disziplinarverfahren eröffnet und gleichzeitig die Amtsspension angeordnet.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

58. Sitzung

DJ. Karlsruhe, 17. Sept. 1931.

In der heutigen Nachmittagsitzung hat der Landtag die Beratung über

#### das Spargutachten

aufgenommen.

Es wurde durch einen umfassenden Bericht des Abg. Dr. Föhr (Zentr.) eingeleitet, der als Meinung des Landtags folgendes festlegt:

Die Vereinfachung der Staatsverwaltung ist notwendig, um eine Ermäßigung des Steuerdrucks zu erzielen. Durch die Beschlüsse des Landtags wird erreicht werden müssen, daß einmal das Gleichgewicht im künftigen Haushalt hergestellt, zum anderen aber auch, daß die Sonderföhrung der badischen Beamten entbehrlich gemacht werden kann. Vorschläge der Sparkommission, die Ersparungen für die Bevölkerung und andere Nachteile sowie eine unnötige Beunruhigung des Landes bringen, sind abzulehnen. Wo immer der Gesichtspunkt größter Sparjamkeit es zuläßt, soll an das bestehende Gute angeknüpft und daselbe unübelst erhalten werden. Es empfiehlt sich, grundsätzlich eine Angleichung an Württemberg herbeizuführen, soweit nicht dadurch gutbewährte Einrichtungen in Baden zerstört werden. Darüber hinaus erscheint es notwendig, daß auch die allgemeinen Sparvorschläge des Reichsparlamentarikers in Baden verwirklicht werden. Der Landtag soll in erster Linie beschließen, in welcher Richtung sich die Sparreform bewegen soll. Das Tempo der Durchführung wird von der Regierung selbst zu prüfen sein. Der Berichterstatter wendet sich dann den Sparvorschlägen auf dem Gebiete des

#### Ministeriums des Kultus und Unterrichts zu.

Er stellt fest, daß in Land und Gemeinden der Zuschußbedarf für das Schulwesen zusammen um 100 Proz. gestiegen ist, für das Land allein um 242 Proz., während für die Gemeinden eine Verringerung um 1,26 Proz. eingetreten ist. Der Reichsdurchschnitt des Zuschußbedarfes stellt sich nur auf 93 Proz. Hier liegt nach den Ausführungen Dr. Föhrs ein organischer Fehler in der badischen Staatsverwaltung vor, zugleich auch die Ursache für die günstigen Landesfinanzen Württembergs und die weniger günstige Lage Badens. Das Land Baden ist durch das Bildungswesen mit 55 Millionen belastet, Württemberg dagegen nur mit 35 Millionen. Die gewaltige Steigerung der Ausgaben führt Abg. Dr. Föhr darauf zurück, daß die deutsche Republik von vornherein grundsätzlich sehr stark die Verbesserung des Bildungswesens betonte. Gätten die Länder alles ausführen wollen, was die Reichsverfassung programmatisch vorgeschrieben habe, so wäre längst die Belastung untragbar geworden. Es könne in diesem nicht geleugnet werden, daß auch durch die badische Gesetzgebung in starkem Ausmaße die auffallende Belastung gerade des badischen Staatshaushalts verschuldet wurde.

Nach Auffassung des Berichterstatters, die sich mit jener des Reichsparlamentarikers deckt, wird zunächst versucht werden müssen, mit der Durchführung einfacherer Mittel und vor-

übergehender Einschränkung oder Belastung der Schulorganismen auszukommen und die bestehenden Schuleinrichtungen, wenn irgend möglich, unangestastet zu lassen.

Abg. Dr. Föhr erläutert dann eingehend die vom Haushaltsausschuß vorgelegten Richtlinien, die durch die Presse bereits bekannt geworden sind.

Nach dem 2½stündigen Vortrag des Berichterstatters ergreift zunächst

### Unterrichtsminister Dr. Schmitt

das Wort. Er beginnt mit dem Dank an Dr. Föhr für den erschöpfenden Bericht und fährt fort: Um die Sparmöglichkeiten zu ergründen, müssen wir aus allen Quellen schöpfen. Das Spargutachten ist nur eine Quelle. Wir danken an dieser Stelle den Mitgliedern der Kommission, an der Spitze Präsident Dr. Steinbrenner, für ihre fleißige Arbeit. Es ist zu unterscheiden zwischen einem Sofort- und einem Dauerprogramm. Das letztere dürfte das Wichtigere sein. Wir können heute nur Richtlinien geben. Es ist folgendes die erste Beratung. Die zweite Beratung wird beim Budget zu erfolgen haben, das Ende dieses Jahres vorgelegt werden soll. In erster Reihe kommen die schulfischen Gesichtspunkte in Frage, wobei den finanziellen Gesichtspunkten allerdings eine sehr starke Bedeutung zukommt. Auch muß die Frage des Nachwuchses gewürdigt werden, bei den Hochschulen die Frage der Forschung. Wer beim Sparen verliert, wird sich natürlich dagegen wehren. Aber die Hindernisse müssen überwunden werden. Wir müssen mit Gerechtigkeit gegen Alle und Objektivität an die Verwirklichung der Sparvorschläge herantreten. Wir wollen die Fehler der Vergangenheit anerkennen und zugeben, daß wir relativ eine Überorganisation haben. Notwendig ist eine straffere Zusammenfassung der Regierung im Staatsministerium. Zum Bereich der Unterrichtsverwaltung übergehend, sagt der Minister: Wir haben zu viel Lehranstalten; die Bedürfnisfrage ist nicht genügend geprüft worden. Grundsätzlich siehe ich auf dem Standpunkt, daß alle Schularten dem Unterrichtsministerium unterstellt werden. Ich trete daher der Meinung entgegen, daß die Handels- und Gewerbeschulen vom Unterrichtsministerium zu trennen seien. Eine geschäftliche Entlastung des Ministeriums ist möglich. Auf dem Gebiete der Schule darf man nicht zu viel experimentieren. Die Auflösung der Kreisämter und Zuweisung ihrer Aufgaben an die Landräte lehne ich ab.

Der Minister fährt fort: Der Kulturstand der Schule soll nach Möglichkeit und Notwendigkeit erhalten werden. Nötig ist die Hebung der Massen durch eine gute Allgemeinbildung. In der Verminderung der Vorkursen kann ich durchaus keinen Rückschritt erblicken. Nicht auf die Quantität der Schüler kommt es an, sondern auf die Qualität. Es ist auch kein Rückschritt, wenn wir weniger Schultypen haben und an den Hochschulen gewisse Einrichtungen zweiter Art aufgeben müssen. Ist es notwendig, daß wir in Freiburg und Heidelberg je eine Professur für Zahnheilkunde haben? Die Entwicklung unserer Schule kann ruhig verlangsamt werden. Die vielen Schultypen sind ein Ausdruck der Uneinigkeit. Die geistige Ausbildung müsse vor der körperlichen, deren Bedeutung keineswegs verkleinert werden soll, immer den Vorrang haben.

Zwei Arten von Realschulen sind nach Ansicht des Ministers kein Ideal. Er wünscht eine Kombination von Volksschule und Fortbildungsschule. Die Erhöhung der Klassenstärke von 55 auf 60 oder gar 65 Schüler lehnt das Staatsministerium entschieden ab. Der Redner unterstreicht die Bedeutung des Religionsunterrichts, zumal in heutiger Zeit. Grundsätze: „die Jugend verlangt nach jugendlichen Lehrern“ will der Minister nach Möglichkeit Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang erinnert der Minister an die schlimme Lage der Junglehrer und Pfaffen. Wir werden noch an Ostern 1932 einen Überschuß von 422 Junglehrern bei einer Stellenzahl von 7000, und von 214 Pfaffen, bei einer außerplanmäßigen Stellenzahl von 1200 haben. Die Zusammenarbeit von Ministerium und Lehrervereinigungen sei etwas Selbstverständliches. Die Kritik dürfe aber das sachliche Maß nicht überschreiten.

Aus den weiteren Darlegungen des Ministers ist wichtig, daß Handels- und Gewerbeschulen in kleinen Verhältnissen zusammengelegt werden sollen. Die hochgeprägten Forderungen des Berechtigtenwesens müßten bekämpft werden. Zu fordern sei eine härtere Begabtenauslese, eine zentralere Gestaltung des Abiturs und der Abbau von oberen Klassen, wo irgend angängig. Die Mädchenschulen sollen erhalten bleiben.

Zu den Hochschulen bemerkt der Minister, diese könnten nur betreut werden im Benehmen mit den anderen Hochschulländern. Wir haben große Sorgen um unsere Hochschulen, aus Gründen finanzieller Art. Von den Abgaben des Reiches werden wir uns nicht abschneiden lassen und immer wieder mit der Bitte um Hilfe an das Reich herantreten. Es sei zu hoffen, daß einmal der Tag eintritt, an dem von Seiten des Reiches getan wird, was nötig ist. Sollte das Reich dann Bedingungen stellen, etwa, daß es ein Mitwirkungsrecht bei der Besetzung von Professuren erhält, so werde sich darüber durchaus reden lassen. Die Aufhebung einer der drei Hochschulen oder Fakultäten lehnen wir ab. Das sind wir der Vergangenheit und Zukunft schuldig. Abgelehnt wird ferner der Grundsat, bei der Besetzung von Professuren nur jüngere Kräfte zu berufen.

Den Antrag zum Landestheater versteht der Minister so, daß die Verträge künftig nicht im Namen des Staates, sondern im Namen der Stadt Karlsruhe abgeschlossen werden sollen. Er sei eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen mit der Stadt.

Der Redner zollt der Föhrung des Solopersonals am Landes-theater anerkennende Worte und schlägt, diese Kulturstätte dürfe kein Nacht- und Amüßentheater werden. Gegen eine Schließung sprächen die danach auftretenden Pensionsansprüche.

Als erster Fraktionsredner spricht Abg. Dr. Perion, vom Zentrum. Er zollt der ausgezeichneten Berichterstattung des Abg. Dr. Föhr Dank und Anerkennung und erklärt, alle kulturellen Wünsche müßten auf ihre finanzielle Tragbarkeit geprüft werden. Das Unterrichtsministerium sei neu, es datiere erst aus dem Jahre 1911 und habe den Anforderungen des Zeitgeistes nicht den nötigen Widerstand entgegenzusetzen vermocht. Daß die Opposition bei den 76 Sparanträgen nur ein einziges Mal ihre Stimmen dagegen erbob und sonst zustimmte oder sich enthielt, geriede dem Landtag zur Ehre. Von einer Auflösung des Beamtenapparates in Baden (vor dem Kriege 22 500, heute 22 800) könne man nicht sprechen. Dem Berechtigtenwahn seien Wirtschaft und Staat zum Opfer gefallen. Der Redner ist der Meinung, man solle lieber Nebenfähiger abschaffen, als die Schule reformieren. Falls das Reich die Gewährung einer Hilfe für die Heidelberger Universtität an Bedingungen knüpfen sollte, so müßte er, der Redner, sich dagegen wenden. Dann wäre ihm Schurman, der die Hilfe ohne Bedingungen bereitstellte, schon lieber.

Gegen 8 Uhr schließt die Sitzung. Fortsetzung der Aussprache Freitag, vorm. 9 Uhr. Außerdem steht Wahl des Justiz- und des Unterrichtsministers sowie des Staatspräsidenten auf der Tagesordnung.



### Die Aussprache über das Spargutachten

Wird heute vormittag mit einer Rede des sozialdemokratischen Abg. Graf fortgesetzt. Er meint, man könne nicht alles Württemberg angleichen, um Ersparnisse zu erzielen. Die Organisation sei doch verschieden und der Ausbau unserer Volksschule fortgeschrittlicher wie in Württemberg. Die Volksschule dürfe in ihrem Wert durch Sparmaßnahmen nicht herabgemindert werden, sie müsse im Gegenteil wieder mehr zur Geltung kommen. Wir müssen die Volksschule so heben, daß die Abwanderung in die höheren Schulen nachläßt. Wir sind gegen die Wiedereinführung der Bürgerchule. Es ist notwendig, daß die Fachschulen einen Teil der Allgemeinbildung ganz besonders pflegen. Bezüglich des Religionsunterrichts in den Fachschulen haben wir eine etwas andere, bereits bekannte Auffassung. Wir erachten ihn nicht für zweckmäßig, ohne dabei religionsfeindlich zu sein. Den Sparvor schlägen des Ausschusses stimmt die Fraktion zu. Das Schmerzenskind seien die drei Hochschulen. Er, der Redner, glaube nicht daran, daß das Reich in diesem Augenblick helfend eingreife. Was aber dann, wenn das Reich versagt? Ist es dann noch möglich, die drei Hochschulen zu unterhalten? An dieser Frage werde man nicht vorbeigehen können, und es sei angebracht, bei der Staatsberatung die Frage ernsthaft zu ventilieren. Auch die Professoren mögen Opfer bringen. Es müsse eindringlich darauf hingewiesen werden, welche ungeheuren Opfer alle Volksteile, auch die Arbeiterklasse, für unsere Hochschulen bringen. Infolge der Aufwendungen für die Hochschulen dürfe die Volksschule keine Verschlechterung erfahren. Der Antrag zum Landes-theater solle eine Verhandlungsgrundlage sein. Die Fraktion würde seiner Ratnahme zustimmen, die dieses Institut als Kulturtheater befestigt.

Für die Deutsche Volkspartei spricht  
Abg. Horn. Er hält den Vergleich mit Württemberg für überholt. Es sei ein bitteres Gefühl, durch die Not gezwungen, auch an das Bildungswesen mit Sparmaßnahmen heranzugehen. Wir werden auf jede entbehrliche Ausgabe und vielleicht auf liebgewordene Einrichtungen verzichten müssen. Man müsse dabei allerdings mit größter Vorsicht zu Werke gehen, damit nicht ein untragbarer ideeller Verlust entstehe. Auf Einzelheiten einzugehen, habe keinen Zweck, da es sich ja lediglich um Richtlinien handelt. Der Redner beschließt sich dann mit der Sorge um den Lehrernachwuchs. Die Auffassung des Ministers, daß die Hauptaufgabe die Hebung der Bildung der breiten Massen sei, werde jedermann unterstreichen können. Auf dem Gebiete der höheren Lehranstalten sei zuzugeben, daß wir uns übernommen haben. Der Hauptgrund der Mangel an Abiturienten liege in dem von allen Kreisen und Ständen gefürchteten Berechtigungsunwesen. Der Redner erörtert die Möglichkeiten, um den Andrang zum Abitur abzumildern. Er ist für Vereinheitlichung der Lehrpläne als Grundlage für eine Schulreform. Man müsse die Kinder von vornherein mehr ins Leben hineinziehen. Der Standpunkt der Regierung, keine Hochschule abzubauen, sei zu begrüßen, und der Forderung zuzustimmen, daß eine Hochschule aus Reichsmitteln unterhalten wird. Eine Beeinträchtigung der Bibliotheken könnte zu Störungen des Hochschulbetriebes führen. Bezüglich des Landes-theaters stellt sich der Redner hinter den Antrag der Regierung, wenn er auch behauptet, daß mit der Aufgabe des Landes-theaters als solchem, wiederum ein Stück alter Tradition verschwindet.

Abg. Kraft (Nat.-Soz.) beginnt seine Rede mit einer grundsätzlichen Erklärung gegen die Politik der letzten 13 Jahre. Die Verantwortung für das heutige Elend trügen die Männer, die es nicht verstanden hätten, nach der Niederlage die notwendigen Sparmaßnahmen durchzuführen. Mit dem Parlamentarismus werde man die Not nicht lindern können. Heute kämen die Sparmaßnahmen zu spät. Die Nationalsozialisten verlangten eine grundlegende Änderung des heutigen Systems, eine vollkommene Ablehnung marxistischer Gedanken und die Rückkehr zum nationalen Volksstaat. Sie müßten die Gesamtverantwortung für die Sparmaßnahmen ablehnen und die Verantwortung für deren Durchführung den Regierungsparteien überlassen. Die nationalsozialistische Fraktion stimmt den Sparvor schlägen in einigen Punkten zu, im übrigen aber wird daran scharfe Kritik geübt. In die Regierung richtet der Redner die präzise Frage, ob sie glaube, mit Angehörigen billiger auszukommen als mit beamteten Kräften. Erfreulich findet er die Erklärung des Ministers, daß die Massenmärkte nicht erhöht werden soll. Bei den Hochschulen des Landes könnten noch Einsparungen erzielt werden, ohne daß ihr Ruf leiden würde. Es wäre eine Ungeheuerlichkeit, wenn etwa die Universität Heidelberg ihre Pforten schließen müßte. Der bezüglich des Landes-theaters geplante Regelung stimmt der Redner zu in der Erwartung, daß das hohe Niveau dieser Kulturstätte nicht das mindeste heruntergedrückt wird.

Minister Dr. Schmitt tritt der Auffassung des Vorredners entgegen, als ob die Regierung an der Auffindung der höheren Lehranstalten Schuld trage.

Abg. Hofheim (Staatsp.) bedauert das beschränkte Mitwirkungsrecht des Landtags bei Durchführung der Sparmaßnahmen. Es sei auch zu bedauern, daß das Sofortprogramm den grundlegenden Reformen vorangeht. Der Redner sieht im Spargutachten Stabilisierungsabsichten für das Land in seiner heutigen Form. Es werde alles vermieden, was zum Reiche hinführe. Das Spargutachten enthalte eine ganze Menge zu beanstandender Darstellungen und Schlusfolgerungen. Die Sparkommission habe sich an die finanzpolitische Auftragserteilung gehalten. Das gebe daraus hervor, daß sie beim Unterrichtsministerium an seiner Stelle auf innere Fragen eingegangen sei. Das Spargutachten könne nicht als Gradmesser dafür dienen, was schließlich zu geschehen habe. Der Redner verlangt eine einfachere Gestaltung der Schulverwaltung, weitest mögliche Aufhebung der Begabten, Befreiung der übersteigerten außerplanmäßigen Stellen sowie Beteiligung des Reiches an den bildungspolitischen Aufgaben. Den Städten und Gemeinden, die bisher schon diese und jene Behörde verloren haben, sollte man, sofern es sich darum handelt, auf dem Gebiete der Schule die Konkurrenz der Nachbargemeinden abzuwehren, nicht neue Wunden schlagen. In der Dezentralisation der Geschäfte des Ministeriums, ein Grundgesetz, der für alle Ministerien zu gelten habe, liege ein günstiger Kern. Das Unterrichtsministerium müsse der Mittelpunkt auf schulischem Gebiete in Baden der geistige Führer sein.

Der Redner verbreitet sich dann über schulprogrammatische Fragen. (Fortsetzung folgt.)

### Verminderung der Abgeordneten

Die Regierungsparteien haben im Landtag einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, auf Grund des Spargutachtens und der Anordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 das Erforderliche vorzunehmen, daß bereits für die nächsten Landtagswahlen die Zahl der Abgeordneten etwa um ein Drittel der jetzigen Zahl herabgesetzt und auf etwa 60 bis 65 festgelegt wird.

### Verbot der Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“

Der Minister des Innern hat mit Wirkung vom 18. September die in Mannheim erscheinende kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ auf Grund der beiden Verordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen auf die Dauer von vier Wochen verboten. Anlaß zu dem Verbot gaben Artikel in Nr. 160 der „Arbeiter-Zeitung“ vom 17. September 1931, in denen das aufrührerische Verhalten der englischen Matrosen offen gebilligt und verherrlicht wird. Die „meuternden“ Mannschaften werden zur weiteren Gehorhamsverweigerung und zu Gewalttätigkeiten gegen die Offiziere aufgefordert und ihr Verhalten als nachahmenswertes Beispiel verherrlicht. Diese Ausführungen der „Arbeiter-Zeitung“ enthalten somit eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und rechtsgültige Verordnungen. Sie sind zugleich auch geeignet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung ernstlich zu gefährden.

### Kommunistischer vater Tag in Baden

Von den kommunistischen Organisationen war für den 20. September die Abhaltung eines „Roten Tages in Baden“, der als „Roter Vortag der Sport- und Kulturorganisationen“ bezeichnet wurde und zu einem gewaltigen Aufmarsch des revolutionären Proletariats ausgerufen werden sollte, angekündigt worden. Wie festgelegt wurde, handelt es sich bei dieser Veranstaltung um eine ausgesprochen politische Kundgebung. Die in Betracht kommenden Polizeibehörden sind darauf hingewiesen worden, daß auch diese sportlich und kulturell ausgeprägten Veranstaltungen unter das bestehende Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel fallen, sofern sie auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden. Weitergehende Verbote können örtlich auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 erlassen werden.

### Die Anpassung der Gehälter der Gemeindebeamten

Die badische Regierung hat, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, in das Gesetz vom 9. Juli Bestimmungen über die Anpassung der Gehälter der Gemeindebeamten an die der Landesbeamten aufgenommen. Zur Durchführung dieser Bestimmungen ist die Auffstellung von Richtlinien notwendig, die zweckmäßigerweise in Form einer Besolungsordnung für Gemeindebeamte gefaßt werden, über welche die Bezahlung von Gemeindebeamten nicht hinausgehen darf. Diese Richtlinien sind nun von dem zuständigen Innenministerium mit dem Finanzministerium ausgearbeitet und den Verbänden der Gemeinden zur Stellungnahme zugeleitet worden. Da die Anpassung der Gehälter an die der Landesbeamten seitens des Reichs raschstens verlangt wird, soll die Stellungnahme der interessierten Verbände so rechtzeitig erfolgen, daß die Durchführung der Richtlinien noch Ende dieses Monats in Angriff genommen werden kann.

### Schlichtungsverhandlungen mit den badischen Staatsangestellten

Am Donnerstag wurden die Verhandlungen über den Antrag der badischen Staatsregierung auf Kürzung der Gehaltsätze der badischen Staatsangestellten in einer Schlichterverhandlung unter Vorsitz des Schlichters von Elberfeld fortgeführt. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde ein Schiedsgericht ernannt, über dessen Annahme oder Ablehnung sich die Parteien bis zum 23. September d. J. zu erklären haben.

### Gautag des Zentralverbandes der badischen Angestellten

Der in Tübingen abgehaltene elfte badische Gautag des Zentralverbandes der Angestellten war sehr gut besucht. In längeren Ausführungen erstattete Gauleiter Schneider den Tätigkeitsbericht, unter Hervorhebung, daß die wirtschaftliche Krise auch die Lage der Angestellten außerordentlich verschlechtert habe. Die Arbeitnehmerschaft müsse mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die staatspolitischen Rechte verteidigen. Der Redner forderte ein Verfassungskonferenzgesetz und stellte weiterhin eine Erhöhung der Mitgliederzahl im abgelaufenen Jahr um nahezu 3000 fest. — Danach folgte der Jugendbericht, den Oberle, Karlsruhe, zur Kenntnis brachte und der ebenfalls eine starke Mitgliederzunahme feststellen konnte. Nachdem sich noch Abg. Müller über die Krise ausgesprochen hatte, wurde der Gautag geschlossen. — Am Sonntag fand eine öffentliche Kundgebung statt, in deren Mittelpunkt ein Referat des Verbandsvorsitzenden Urban, Berlin, über „Wirtschaft und Gewerkschaft“ stand.

### Ein fingierter Raubüberfall

Wie wichtig für die Gendarmenbeamten, die oft unerwartet vor die ersten Feststellungen in schwierigen Kriminalfällen gestellt werden, eine gute Schulung und Erfahrung im Kriminaldienst ist, zeigt ein Vorfall, der sich vor einigen Wochen in St. Blasien abgespielt hat. Dort erschien Ende Juli auf der Gendarmestation der Kapfenbote der Stadtgemeinde und meldete, daß ihm auf einem Dienstgang außerhalb des Kurortes seine Handtasche und seine Briefstasche mit insgesamt 640 RM. Inhalt gewaltsam entziffen worden seien. Bei dem Überfall sei er mit einem harten Gegenstand auf den Hinterkopf geschlagen worden, so daß er eine blutende Verletzung am Hinterkopf davongetragen habe. Die Täter seien in den nahen Wald geflüchtet.

Der Gendarmenbeamte, der schon bei den Angaben des Kapfenboten Verdaht geschöpft hatte, untersuchte sofort die Verletzung und stellte dabei fest, daß das Blut der Wunde nicht frisch zu sein schien. Eine sofort von ihm veranlaßte ärztliche Untersuchung bestätigte diese Wahrnehmung. Der Beamte ließ aber ferner noch am selben Abend die angeblich frische Verletzung im Krankenhaus röntgen, wobei sich ebenfalls ergab, daß diese schon älteren Ursprungs war. Eine Hausdurchsuchung in der Wohnung des Kapfenboten förderte dann überdies noch die „geraubten“ 640 RM. zutage. Angesichts dieser erdrückenden Beweise gestand der Kapfenbote ein, den Überfall vorgetäuscht zu haben.

So wurde durch das überlegte und rasche Arbeiten der Gendarmen die Stadtgemeinde St. Blasien nicht nur vor einem finanziellen Schaden bewahrt und von einem ungetreuen Kapfenboten befreit, durch die schnelle Klärung des angeblichen Überfalls wurde zugleich auch eine nahegelegene Beunruhigung der zahlreichen Besucher des Kurortes vermieden.

### Badens Wünsche auf der Länderkonferenz

Über die Berliner Beratungen der süddeutschen Länder einschließlich Sachsen, die am Dienstag in der Reichskanzlei mit dem Reichsminister und dem Reichsfinanzminister gepflogen wurden, ist bisher kaum etwas in die Öffentlichkeit gedrungen, zumal diese Beratungen vertraulichen Charakter hatten. Wie die „Badische Presse“ von zuständiger Stelle über die Beratungen der Länderkonferenz und besonders die Stellungnahme der badischen Teilnehmer, zu den in Berlin aufgeworfenen Fragen erfährt, wäre es nicht Zweck der Berliner Besprechungen, Entscheidungen über Einzelheiten herbeizuführen, sondern sie sollen vielmehr die Reichsregierung über die Stellungnahme der Ländervertreter und die besonderen finanzwirtschaftlichen Schwierigkeiten der einzelnen Länder aufklären. Die Beratungen haben gezeigt, daß ein derartiges gemeinsames Vorgehen nicht erreicht werden kann und die Reichsregierung auch weiterhin an dem schon bei früheren Besprechungen mit den Ländern zum Ausdruck gebrachten Standpunkt festhält, daß sich die Länder selbst helfen müssen.

Von badischer Seite wurde in der Aussprache auch auf die besonderen Schwierigkeiten hingewiesen, die für das Land die drei Hochschulen bedeuten, die im Durchschnitt nur von 40 v. H. Badenern und 60 v. H. Studenten aus dem übrigen Reich besucht werden. Eine Stellungnahme des Reichsfinanzministers zu dieser Einzelfrage ist allerdings nicht erfolgt. Das vom Standpunkt der Finanzwirtschaft des Landes unbefriedigende Ergebnis der Aussprache in der Reichskanzlei veranlaßte den badischen Finanzminister, am Dienstagmittags die besonderen Sorgen des Landes Baden auf dem Gebiete der Hochschulen dem zuständigen Reichsminister, nämlich Reichsinnenminister Dr. Wirth, vorzutragen. Der Reichsinnenminister dürfte dabei die Forderung geäußert haben, daß die von dem badischen Finanzminister aufgeworfene Frage der badischen Hochschulen von seinem Ministerium weiter verfolgt werde.

Die Aussprache in der Reichskanzlei hat den Ländern gezeigt, daß die Reichsregierung die Anpassung der Gemeindebeamtengehälter an die der Staatsbeamten als eine der dringlichsten Aufgaben und als Voraussetzung für spätere Maßnahmen des Reiches ansieht. Die badische Regierung wird deshalb möglichst rasch an die Durchführung dieser Aufgabe herangehen, zu der sie bereits in § 1 des Artikels 2 des auch vom Landtag angenommenen Gesetzes vom 9. Juli, über Änderungen im Staatshaushalt sich die gesetzliche Grundlage geschaffen hat. Sie hat deshalb Richtlinien über die Anpassung der Dienstbezüge der Gemeindebeamten an diejenigen der Landesbeamten ausgearbeitet und diese im Laufe des Donnerstag der Gemeindeverbänden zur Stellungnahme zugeleitet. Diese Stellungnahme soll so rechtzeitig erfolgen, daß mit der Durchführung dieser Richtlinien noch Ende dieses Monats begonnen werden kann.

Der Kehler Vorschlag 1931. Der Gemeinderat Kehl hatte es seinerzeit abgelehnt, dem Bürgerausschuß den neuen Vorschlag, der die Einführung der doppelten bzw. dreifachen Bürgersteuer und die Erhöhung der Gemeindebesteuer vorzuziehen. Der Vorschlag ging darauf an das Bezirksamt zur Festlegung eines Zwangsetats. Aber auch der Bezirksrat lehnte es in seiner Reichsmehrheit ab, der Bevölkerung Kehls derartige Lasten aufzuerlegen, und lehnte ebenfalls die Festlegung eines Zwangsetats ab. Gegen diesen Bezirksratsbeschluss erhob der Vorsitzende, Landrat Sämbel, Rekurs beim Staatsministerium, das nunmehr diesem Rekurs stattgegeben und den Bezirksratsbeschluss aufgehoben hat. Die Gemeinde erhielt erneut die Auflage, bis zum 20. September d. J. einen in Einnahme- und Ausgaben ausgeglichene Vorschlag für 1931 beim Bezirksamt zur Unbeanstandeterklärung vorzulegen. Der Gemeinderat hat sich daraufhin erneut mit der Angelegenheit beschäftigt und kam zu dem Beschlusse, den Vorschlag abermals abzulehnen, da es, um dem Vorschlag ausgleichen zu können, notwendig und vorgezogen ist, die dreifache Bürgersteuer und die doppelte Biersteuer zu erheben, was für die Gemeinde nicht tragbar ist.

### Handel und Wirtschaft

#### Devisennotierungen der Reichsbank

	18. September		17. September	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	—	—	—	—
Kopenhagen 100 Kr.	112.51	112.73	—	—
Italien 100 L.	—	—	—	—
London 1 Pf.	20.458	20.498	—	—
New-York 1 D.	—	—	—	—
Paris 100 Fr.	—	—	—	—
Schweiz 100 Fr.	82.16	81.32	82.15	82.31
Wien 100 Schilling	—	—	59.12	59.29
Bgen 100 Kr.	12.477	12.497	12.473	12.493

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 16. September d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7736 pence.

Kehler Oasenverkehr. Im Laufe des Monats August kamen im Kehler Rheinhafen 890 Schiffe mit 96 854 Tonnen Ladung an. In der gleichen Zeit gingen einschließlich der Leerboote 336 Schiffe mit 32 605 Tonnen Ladung ab. Insgesamt betrug der Schiffsumschlag 686 Schiffe mit 128 850 Tonnen Ladung.

Die Degauer Steinwarenfabrik, ein nicht unbedeutendes Werk der Baubranche, die schon über 100 Arbeiter beschäftigt, hat die Abwicklung der finanziellen Verhältnisse dem Gericht bzw. dem Konkursverwalter übertragen.

Die Millionenverluste bei der Schrot-Handelsfirma Schweitzer & Dwyler, die jetzt die Staatsanwaltschaft beschäftigt, waren in unterrichteten Kreisen schon seit geraumer Zeit bekannt. Schon vor vier Wochen auf der Generalversammlung waren die Dinge zur Sprache gekommen. Der Aufsichtsrat hatte erklärt, die Direktoren der Firma hätten Geschäfte eingeleitet, die den ihnen gegebenen Anweisungen zuwiderließen. Die Verluste belaufen sich schätzungsweise auf zwölf Millionen RM. Dem Vorstand wird zum Vorwurf gemacht, daß er durch Verschleierung der Bilanzen und Täuschung der Revisoren die Verluste immer wieder verheimlicht habe.

Der amerikanische Handel. Die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten betrug im August d. J. 165 Millionen Dollar, die Einfuhr 168 Mill. Dollar. Im August des Jahres 1930 hatte die Ausfuhr 297 765 000 Dollar betragen, die Einfuhr 218 427 000 Dollar. Zum erstenmale seit 1928 ist die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten im Monat August mit einer Million Dollar passiv.



### Aus der Landeshauptstadt

In der letzten Vollversammlung der Handelskammer Karlsruhe gedachte der Kammerpräsident, Konrad Nicolai, der die Verhandlungen leitete, zunächst des 70. Geburtstages, den der Vizepräsident der Handelskammer, Fabrikant Friedrich Wolff, am 9. August d. J. in voller Gesundheit und Mithilfe feiern konnte. Dr. Koch erstattete dann einen ausführlichen Bericht über die Einrichtung der Wirtschaftsprüfer. Er zeigte die dem neuen Berufsstand vorbehaltenen Aufgaben, an deren einwandfreien Erledigung vor allem auch der Staat und die Allgemeinheit ein besonderes Interesse haben. Die Wichtigkeit dieser Aufgaben mache es verständlich, daß bei der Zulassung der Bewerber ein strenger Maßstab angelegt und nur solche Herren öffentlich bestellt werden sollen, die nicht nur über ein umfassendes Fachwissen verfügen, sondern auch ihrer ganzen Persönlichkeit nach allgemeines Vertrauen genießen und insbesondere die Gewähr bieten für unbedingte Unbeeinflussbarkeit. Der weitgehende Umfang der gestellten Anforderungen lasse den Willen erkennen, einen Stand von wirklich hochqualifizierten Wirtschaftsprüfern zu schaffen, die gewissermaßen als die deutschen chartered accountants angesehen werden könnten. Aus diesen Erwägungen dürfe auch von den Übergangsbestimmungen nur in begründeten Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden. Die Erörterung der Frage, an welchem Orte die für Baden zuständige Zulassungs- und Prüfungsstelle, deren Gebiet auch die Pfalz in sich schließen wird, errichtet werden soll, wird noch einer näheren Behandlung innerhalb des Badischen Industrie- und Handelsstages vorbehalten. — Vizepräsident Essas berichtete über die von der Reichsbahn beabsichtigte Einführung von Reg- und Bestärkungen. Die Kammer war der Ansicht, daß man die angebotene, wenn auch noch unzureichende Verbesserung des Reiseverkehrs mit einigen vom Referenten vorgeschlagenen Änderungen annehmen, gleichzeitig aber mit allem Nachdruck die Wiedereinführung des früher in Baden außerordentlich beliebten Kilometerbestes erstreben soll. — Die Versammlung befaßte sich dann weiter noch auf Grund eines eingehenden Berichts von Syndikus Dr. Krienen mit dem badischen Spargutachten, dessen erster Sparwille im allgemeinen gutgeheißen wurde. — Weitere Beratungsgegenstände bildeten die Erhebung von Einprüchen gegen Wechselzahlungsbehalte, die Veranzahlung von juristischen Personen zur Kirchensteuer, sowie die Frage der Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen.

Die Malerfachausstellung im Landesgewerbeamt. Aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums des Badischen Maler- und Tüchtnermeisterverbandes wurde im Landesgewerbeamt eine Jubiläumsschulenausstellung, verbunden mit Materialienschau, veranstaltet. Die Ausstellung, zu der die Malerfachschulen der Gewerbeschulen Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg und Mannheim wertvolles Material geliefert haben, wurde am Freitagmittag eröffnet durch Malermeister Kurt Haag, der im Auftrage der Ortsgruppe Karlsruhe des Bad. Maler- und Tüchtnermeisterverbandes die zahlreich erschienenen Vertreter d. Ministeriums, des Landesgewerbeamts, der Handwerkskammer und der gewerblichen und handwerklichen Organisationen herzlich begrüßte. Er wies darauf hin, daß die Jubiläumsschulenausstellung den Zweck haben soll, die breite Öffentlichkeit auf die Bedeutung einer guten Ausbildung des Nachwuchses im Malergewerbe aufmerksam zu machen. Die Ausstellung sei aber auch ein Beweis dafür, daß es in der schweren Zeit immer noch Idealisten gebe, die mit Liebe und unter Einsetzung ihrer ganzen Kraft eintreten für ihr Handwerk. Die Ausstellung soll aber auch zeigen, was im Malerberuf heute geleistet werde in der Zusammenarbeit zwischen Schule und Praxis. Mehr als je komme heute der Fachschule eine Bedeutung zu. Denn in der Fachschule, Gewerbeschule und Fortbildungsschule werde außerordentlich Großes geleistet in der Unterweisung der Lehrlinge bei der Ausbildung der Lehrlinge. Deshalb richte er auch die Bitte an alle maßgebenden Faktoren, diese Schulen weiterhin nach Kräften zu fördern. Zum Schluß dankt der Redner allen denen, die in unermüdlicher Arbeit zum Gelingen der Ausstellung beigetragen haben. Oberregierungsrat Bucorius, der Direktor des Landesgewerbeamts,

überbrachte die Grüße des Ministeriums des Unterrichts und des Ministeriums des Innern, die der Ausstellung einen guten Erfolg wünschen. Kammerpräsident Henmann gedachte in einem herzlichen Nachruf zunächst des verstorbenen Staatspräsidenten Wittemann, der allezeit ein hervorragender Förderer von Handwerk und Gewerbe gewesen sei. Der Redner entbot sodann namens der Handwerkskammer Karlsruhe und im Auftrag der vier badischen Handwerkskammern und der gewerblichen Vereinigungen und Genossenschaften den Veranstaltern der Ausstellung die besten Wünsche. Verbandspräsident Grelle, Mannheim, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Ausstellung, ein Beweis handwerktechnischen Könnens und nimmermüden Strebens, nicht nur dem Verbands, sondern dem ganzen Lande zum Segen gereichen möge. Besondere Anerkennung verdiene die Ortsgruppe Karlsruhe. Unter Führung von Malermeister Haag sen. wurde sodann die Ausstellung besichtigt, die in ausgezeichnetster Gliederung und Übersicht einen Überblick bietet, in welcher Weise der Lehrstoff der verschiedenen Schulen zusammengefaßt ist.

In die Ab geschritten. In einem Anfall von Schwermut sprang gestern nachmittag in der Nähe des Weiberfeldes eine 50 Jahre alte Frau von hier in die ziemlich hochgehende Ab und ertrank.

Badisches Landestheater. Das Interesse des Publikums für das Landestheater hat mit Beginn der Spielzeit rege eingesetzt. Die Plakatspiele, die natürlich in den Vormonaten starke Kündigung aufzuweisen hatte, hat fast alles wieder aufgeholt, so daß die Zahl gegen den gleichen Tag des Vorjahres nur ganz gering zurückbleibt. Leider haben eine Reihe langjähriger und treuer Mieter infolge untrüglich angewachsener Not trotz Preisherabsetzung ihre Riete doch nicht halten können. Aber wer noch irgend kann, der komme und werde Stammbesucher und helfe so das alte gute Kulturinstitut stützen. Auch auswärts ist das gute Verhältnis zum Landestheater geliebt. Die alten Gastpioniere Landau und Neustadt werden wieder vom Landestheater beliefert werden, die Sonntagsmiete wird wie bisher ausgiebig benutzt werden. Zu dem Bewußtsein, das jeder zu haben scheint, daß man dem Theater treu bleiben solle, muß aber auch der Wille treten, mehr und immer mehr von seinem Dasein wirklichen Gebrauch zu machen. Schließlich sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß die nach Eröffnung der Spielzeit 1931/32 neu zugehenden Abonnenten die in den betreffenden Mietabteilungen bereits gegebenen Stücke nachgeliefert erhalten. Zu diesem Zweck werden Ersatzkarten ausgestellt.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Die Drucklage über Europa ist unverändert geblieben. Von Norden und Süden vordringende Hochstörungen haben über Ostdeutschland und Polen eine ganz flache Rinne tiefen Druckes geschaffen, an deren Rückseite wir trübes Wetter haben. Eine Änderung ist noch nicht abzusehen. Wettervorhersage für Samstag: Im wesentlichen Fortdauer der trüben und nährkalten Witterung.

Wasserstände: Waldshut 335 minus 9, Basel 146 minus 10, Schutterinsel 207 minus 10, Rast 366 minus 13, Rastau 554 minus 16, Mannheim 486 minus 21, Caub über 200 Zentimeter.

### Gemeinderandschau

#### Die Finanzlage der Gemeinden

Der Mannheimer Bezirksrat beschloß in seiner Sitzung am Donnerstag, den 13. September, für folgende fünf Gemeinden des Amtsbezirks Mannheim: Ibsesheim, Brühl, Schriesheim, Ketsch und Altlshheim. Der Bürgerausschuß von Heiligkreuzsteinach lehnte in seiner letzten Sitzung den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1931/32 mit 14 gegen 11 Stimmen ab. Dagegen fand die Vorlage einstimmige Annahme, die die Aufnahme eines Darlehens für die Wiederinstandsetzung der Wasserleitung in Vorschlag brachte.

In Ottenhöfen bei Achern wurde der vorläufige Voranschlag für 1931/32 einstimmig angenommen, da die Umlagehöhe im Vergleich zum Rechnungsjahr 1930/31 nicht unbedeutend herabgesetzt sind, was ermöglicht wurde durch einschneidende Kürzungen und Sparmaßnahmen. Die neuen Umlagehöhen pro 100 RM Steuerkapital betragen 110 Pfennig vom Grundvermögen, 42 Pfennig vom Betriebsvermögen und 286 Pfennig vom Gewerbeertrag. Von der erhöhten Vier- und Bürgersteuer konnte Abstand genommen werden.

In Duggingen bei Müllheim hat der Bürgerausschuß den Voranschlag angenommen.

Verkauf städtischer Liegenschaften. Die Stadt Heidelberg stellt jetzt, nachdem sie ihre Güter im Hinterland in den letzten Jahren bereits abgestoßen hat, auch das Gasthaus „Alter Koblhof“ auf dem westlichen Sattel des Königstuhls zum Verkauf. Das als Ausflugsstätte bekannte Gasthaus ist eines der ältesten in Heidelbergs Umgebung. Gleichzeitig wird auch das 30 Hektar große städtische Obstgut mit 2400 Obstbäumen zum Verkauf angeboten.

Voranschlag Altlshheim. Der Gemeinderat von Altlshheim hat den Voranschlag und die zur Deckung des Fehlbetrags vorgeschlagene Erhöhung der Bürger- und Biersteuer erneut abgelehnt, so daß der Bezirksrat den Etat für 1931/32 festsetzen muß.

Amisniederlegung. Bürgermeister Joseph Baptist in Kenzingen, der sich um die Entwicklung von Kenzingen hochverdient gemacht hat, scheidet infolge von Gesundheitsrückfällen sein Amt niederzuliegen.

### Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Baden-Baden, 17. Sept. In einer ehemaligen Seuchensbarade brach gestern Nacht auf eine ganz merkwürdige Weise Feuer aus. Die Hüner eines in der Nähe wohnenden Stadtarbeiters hatten die Gewohnheit, im Luftschacht dieser unbewohnten Barade ihre Eier zu legen. Gestern Nacht befand sich der Besitzer nun wieder auf der Feuerjude und entdeckte dabei diesen Schuppwunder. Er entzündete ein Streichholz, wobei überreste eines im Jahre 1923 durch die Kriminalpolizei ausgehobenen kommunistischen Munitionslagers Feuer fingen. Es entstand eine Explosion und ein kleiner Brand, der von der Feuerwehr gelöscht werden konnte. Der Schaden ist unbedeutend. Die kommunistische Sprengstoffaffäre hatte seiner Zeit zu einem großen Prozeß geführt, in dessen Verlauf mehrere Angeklagte zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Bl. Gsch. (bei Müllheim), 18. Sept. Hier wurden etwa 800 reibungsversetzte Stöcke vorgefunden, welche elf Besitzern gehören. Um das Gebiet ist auf 5 Meter Breite ein Ring gezogen, dessen Betreten verboten ist. Die betroffenen Neben werden unter Aufsicht geerntet, dann wird der Platz entseucht und kann nach zwei Jahren wieder mit Neben bepflanzt werden. Man befürchtet hier, daß noch mehr Neben betroffen sind.

### Staatsanzeiger

Bekanntmachung.  
Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziff. 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 79) und § 2 Abs. 2 Ziff. 2 der zweiten Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 17. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 371) wird die in Mannheim erscheinende „Arbeiter-Zeitung“ mit Wirkung vom heutigen auf die Dauer von 4 Wochen verboten.

Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopfbücher der Zeitung sowie jede analoge neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Karlsruhe, den 18. September 1931.  
Der Minister des Innern  
Raier.

# Je edler die Bohne, desto besser das Getränk Jede Kaffee Hag-Bohne ist Qualität

## Danksagung

Für die so zahlreichen und tröstenden Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang meines lieben Mannes, unseres herzensguten Vaters und Großvaters, des

Herrn Staatspräsidenten und Justizministers

## Josef Wittemann

wie auch für die überreichen Kranz- und Blumenspenden und das Geleite auf dem Weg zur letzten Ruhestätte sagen wir ein inniges „Vergelt's Gott“.

Karlsruhe, den 17. September 1931.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Maria Wittemann Wwe.

418

### Bürgermeisterstelle.

Die Stelle des einzigen Bürgermeisters der Stadt Durlach (18 500 Einwohner) ist in nächster Zeit zu besetzen. Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufs und Angabe der Gehaltsansprüche wollen bis spätestens 30. d. M. eingereicht werden. Persönl. Vorstellung ohne Aufforderung ist zwecklos. Durlach, den 17. September 1931. 2417  
Der Oberbürgermeister.

### Genußscheine zu den Schuldverschreibungen der ehem. Oberrheinisch-Eisenbahngesellschaft A. G. in Mannheim vom 9. Oktober 1911.

Die nach dem Tilgungsplan auf 31. Dezember 1931 zu tilgenden Genußscheine zu den Schuldverschreibungen der ehemaligen Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft A. G. in Mannheim vom Jahre 1911 im Nennbetrag von 37 400 RM sind durch Ankauf beschafft worden. Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahre nicht statt. 2416  
Mannheim, den 14. September 1931.  
Der Oberbürgermeister.

B. 184. Karlsruhe. Über das Vermögen der Frau Friedel Müller Wwe. geb. Schäfer, früher Reformhaus, Karlsruhe, Herrenstr. 22, wurde heute vormittags 11 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist Buchhalter August Heß, Karlsruhe, Waldstr. 41. Vergleichstermin ist am 14. 10. 1931, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht, II. Stod, Zimmer Nr. 150. Der Antrag auf Eröffnung des Verfah-

rens nebst Anlagen, sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 16. September 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 4.  
Offenburg, Nr. 630. Eintrag in das Güterrechtsregister Bd. I S. 21. Franz Josef Wöring, Kaufmann in Offenburg und Leopoldine geb. Schach, Vertrag vom 6. Mai 1931. Gütertrennung. Offenburg, 16. Sept. 1931. Badisches Amtsgericht III.

### Vollspeiseanstalt Bildahaus

Schneffelstraße 37

Täglich Essenausgabe von 12-1/2 Uhr, abends von 7-8 Uhr R. 415

Abgabe auch über die Straße

Essen zu 30 und 50 Pf.

Für Familien u. Frauen steht ein besonderer Raum zur Verfügung

Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz, Karlsruhe

Adelsheim. Nr. 631

Güterrechtsregister Bd. I S. 292; N. 13. Käufers Karl Müller und dessen Ehefrau Lina geb. Höcher in Gemmele; Ehevertrag vom 9. September 1931: Gütertrennung (§ 1426 ff. B. G. B.) an Stelle der allgemeinen Gütergemeinschaft.

Adelsheim, 17. Sept. 1931. Amtsgericht.

Badisches Landestheater

Samstag, den 19. Sept. 1931

\* C 2 Th.-Gem. III. S.-Gr.

1. Hälfte

Zum erstenmal

Im weißen Rößl

Singspiel v. Ralph Benatzky

Dirigent: Schwarz

Regie: Fuchsenau

Mitwirkende:

Blant, Genter, Janz, Seiblich, Seiling, Müllich, Brand, Ernst, Gemmele, F. Gröbinger, Höder, Gospat, Kalmbach, Koeble, Luther, Rehner, W. Müller, Brüder, Frohmann, Götzler, Jung, Milian, Kleinbus, Kuhn, Bindemann, Meyer, G. Müller, Nagel, Sonntag

Anfang 20 Ende 23

Breife C (0,90—4,90 RM)

So. 20.9. Boris Godunow.

Im Konzerthaus: Ständchen bei Nacht.

Massagen  
Frida Dörr  
Lammstr. 15. Teleph. 6841